

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Es besteht insbesondere das Recht, das Exemplar gegen Entgelt zu versenden. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitungsgesellschaft für Politik u. Wirtschaft Kultur Wernigerode, für den letzten Teil Wilhelm Rindermann, für Bestellungen Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Meldezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wohergehend ist der bei Zahlung vorliegende leere Raum. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfach 20 Wernigerode 4526 und Wolfenbüttel (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 3.

Nr. 19

Mittwoch, den 23. Januar 1929

4. Jahrgang

Der Stinnes-Anleihebetrug.

Die Kunst, in vier Wochen aus einer Million fünfzehn zu machen.

In der Strafsache gegen Anleihebetrüger hat die Berliner Staatsanwaltschaft I gegen die Kaufleute Hugo Stinnes, Kurt Rothmann, Bela Grob, Leo und Eugen Firsch und den Bankwirt von Waldow Anklagen gegen gemeinschaftlich verübten Betrug zum Nachteil der deutschen Reiches und gegen den Kaufmann Gieseler in Verbindung mit dem Bankier von Waldow erhoben. Auch in dem Rühmet und Genossen betreffenden Teil der Anleihebetrugssache ist die Voruntersuchung abgeschlossen. Die Akten liegen der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung vor.

Hugo Stinnes wurde eine Erklärungsschrift von 1 Monat befristet. Seine Verteidigung hat die formelhafte Forderung einer Freilage von Zeugen im Hinblick beantragt. Die Hauptverhandlung vor einer Sonderkommission des großen Schöffengerichts Berlin Mitte beginnt voraussichtlich im Mai.

Die Anleihegeschäfte.

Die 88 Sachverständigenuntersuchung, behaftet Stinnes schwer. Es handelt sich um 2 Anleihegeschäfte, die von Paris bzw. von Rumänien ausgingen.

Am ersten Tag wandten sich die Betrüger über den Angeklagten von Hugo Stinnes jun., Rothmann, an den Brauereiführer von Hugo Stinnes, von Waldow. Von Waldow sprach mit Stinnes und legte ihm, daß man innerhalb vier Wochen aus 1 Millionen 15 Millionen machen könne.

Nach der Bejahung der Anklage soll Hugo Stinnes auf das Geschäft eingegangen sein. Hugo Stinnes stellte Rothmann das Waldow 200 000 bis 300 000 zur Verfügung. Die Reisen nach Paris und beauftragten Eugen Firsch mit dem Entzug der Anleihe, ebenso soll Stinnes Rothmann 200 000 bis 300 000 M für das rumänische Geschäft zur Verfügung gestellt haben. Rothmann fuhr nach Wien und übertrag Eugen Firsch und Grob die Erledigung dieses Teils des Geschäfts. Der Gewinn sollte geteilt werden, doch Hugo Stinnes 50 Proz. vom Reingewinn erhielt, während die anderen Beteiligten sich die zweite Hälfte teilten. Da die Verhandlungen sich in die Länge zogen, erklärte Stinnes, daß er das inoffizielle Geld nicht länger als einen Monat einbehalten könne. Eugen Firsch verfuhr darauf vergebens, in London und

Zürich Anleihegeschäfte zu kaufen. Man fand dann die vier Franzosen Calmon, Fohre, Dupuch und de la Grange als Strohmänner für die Anleihehandlung. Nach der Darstellung des Angeklagten von Waldow in der Voruntersuchung soll Hugo Stinnes, nachdem die Geschäfte in Gang waren, im November oder Dezember 1928 in Verbindung mit diesem erfahren haben, daß gefälschte Belege und Schuldscheine verwendet worden seien. Stinnes soll sich darüber sehr amüsiert haben. Der Mißbrauch der Geschäfte ließ dann aber auf unvorhergesehene Schwierigkeiten, da der Bankier Hendrix eine weitere Teilnahme an betrügerischen Geschäften verweigerte. Als von Waldow von seinem Chef darauf neue Weisungen haben wollte, was zu tun sei, soll Hugo Stinnes nach der Darstellung des Angeklagten von Waldow erwidert haben:

„Ich will von dem ganzen Geschäft nichts wissen, das ist Ihr Geschäft.“ Nach langwierigen Verhandlungen kam dann die Anmeldung durch die französische Gruppe unter Führung des Abgeordneten Calmon.

Das rumänische Geschäft

entwickelte sich in ähnlicher Weise und hätte zum Erlöse geführt, wenn der Sonderkommission nicht rechtzeitig gemeldet hätte, daß die Anmeldungen nicht in Ordnung waren. Ebenso wie Calmon in Paris zogen auch die rumänischen Anleiher später ihre Anträge zurück, jedoch ein Schaden für das Reich nicht eingetreten ist.

Hugo Stinnes bestreitet jede Schuld. Er gibt zwar zu, die beiden Anleihegeschäfte finanziert zu haben, mit jedoch geklärt haben, daß es sich um legitime Geschäfte handelte. Die Anklage stellt Stinnes mit eingehender Weisung zu überlegen. Unter diesen Umständen gegen Hugo Stinnes wird behauptet auf ein

„Konto Sollesen“

hingewiesen, das sie für ein illegales Konto von Hugo Stinnes zur Finanzierung der Anleihegeschäfte betriebe. Angeklagt wird dieses Konto im November 1928, indem der größte Teil der Anleihegeschäfte finanziert wurde, einen Umlauf von 1 522 300 M auf und es sind allein an Waldow über dieses Konto 455 000 M gegangen.

Rheinlanddrängung noch in diesem Frühjahr?

Paris, 22. Januar (E3). Nach den Mitteilungen der heutigen Morgenpresse werden nun nach der offiziellen Ernennung der Sachverständigen für die Revision des Dawes-Plans auch die Verhandlungen über die Bildung des Stabilisierung- und Schlichtungsausschusses im Rheinland begonnen. Vorläufig haben nur unverbindliche Besprechungen zwischen den Kanjelen stattgefunden. Der „Expres“ erklärt sich zu dem Moment ernüchtert, daß noch keinerlei bestimmte Verhandlungen stattgefunden hätten, immerhin aber scheinen die Besprechungen den Verhandlungsboden ziemlich bereinigt zu haben. So wüßte Berliner dieser Tage im „Echo de Paris“ mitteilen, daß die englische Regierung unabweisbar ihren Standpunkt dahin geäußert habe, daß das Rheinland noch in diesem Frühjahr geräumt werden solle.

Die Aufgabe der Sachverständigen.

Paris, 21. Januar. (Eig. Draht.) Die amerikanischen Sachverständigen Owen Young und Peterson werden sich schon am 1. Februar in Romfahrt nach Europa einschiffen. Sie rechnen mit einem Aufenthalt von 2-3 Monaten. Owen Young soll auf neue erklärt haben, daß die Konferenz über etwaige Emmissionen deutscher Reparationsobligationen nicht beraten werde. Die Aufgabe der Konferenz liegt mehr in einer Ergänzung, als in einer Revision des Dawes-Plans. Es handelt sich vor allem um die Befreiung der Zahlungsverpflichtung Deutschlands und der Gewährung der deutschen Schuld. Sollte die Frage einer Anleihe erörtern werden, so würden die Sachverständigen ein diesbezügliches Projekt erst den Regierungen zur Genehmigung unterbreiten.

Seipel in München.

Was der Sozialdemokrat Renner für Österreich geschaffen hat. München, 22. Jan. (E3). Der Bundeskanzler Dr. Seipel sollte in einem Vortrag, den er am Montagabend der politischen Hauptversammlung des Münchener Bürgeriums hielt, der Staatspolitik des ersten österreichischen Staatskanzlers, des Sozialdemokraten Dr. Renner, hohe Anerkennung. Bei der Erörterung des österreichischen Föderalismus erklärte Seipel: „Ich glaube, vor eine müßige Idee des ersten österreichischen Kanzlers Dr. Renner, daß er dem Lande nach einen anderen Willen gab als das Diktat der Siegermächte. Er förderte und setzte durch den Zusammenstoß der Länder und schuf auf diese Weise gegenüber dem Diktat von St. Germain eine staatspolitische Handlung. Er hat dadurch den Österreichern ein Stück Staatsgefühl gegeben.“ Weiter erklärte Dr. Seipel, daß, wenn 1918 der von den Sozialdemokraten Renner während des Krieges verkündete Nationalsozialismus durchgesetzt worden wäre, der Umsturz staatspolitisch für Österreich

reich weit geringere Folgen gehabt hätte. Ebenfalls hätte es dann trotz so kleines Deutschland nicht gegeben, wie es heute besteht. Der Hauptteil seiner mit Isonie gemischten Rede war eine scharfe Kritik und Ablehnung des österreichischen Föderalismus, der für ein so kleines Land ein Verzug sei und eine ungeheure Zersplitterung der österreichischen Verantwortlichkeit herbeiführe. Bei dieser Art Föderalismus sei der Anschlag an das deutsche Reich praktisch fast unmöglich.

Seine Geschäfte gab es, als Dr. Seipel neben einigen Komplimenten an seine bayrischen Gastgeber plötzlich erklärte, daß den Österreichern das benachbarte Bayern mit seinen drei ganz verschiedenen Stämmen geradezu als ein Mutterland des Unitarismus und Zentralismus erscheine.

Durcheinander in Afghanistan.

London, 21. Jan. (Eig. Draht.) Aus Afghanistan laufen äußerst widersprechende Meldungen ein, jedoch es äußert schwer ist ein Bild über die augenblickliche Lage zu gewinnen. Nach Meldungen aus Peshawar ist in der Person des Sherars Mr. Omar Khan ein neuer Kommandant aufgetreten, der sich der vollen Unterstützung der Sikh- und Hindu-Stämme erfreuen soll. Omar Khan befindet sich auf dem Marsch auf Kabul und hofft innerhalb einer Woche in Besitz der Hauptstadt zu sein. Ueber das Schicksal des Emirs Hibibullah Khan, des früheren Rebellenführers, Bachal Sago sind die verschiedenen Gerüchte verstreut. Die Meldung von seinem Tode scheint den Tatsachen zu entsprechen. Im übrigen scheint es, daß unter den Grenzstämmen Afghanistans die Sympathien für den Erzstirg Amanullah im Wachsen begriffen sind. Der Stamm Wolla hat eine Deputation an den Erzstirg geschickt, die ihm die volle Unterstützung des Stammes zugesagt. Eine Reihe von Versammlungen indischer Mohammedaner in Peshawar und Lahore haben Resolutionen gefaßt, in denen Amanullah Unterstützung zugesagt wird.

Der Irak rebelliert.

Er will nicht, so wie England will.

London, 21. Jan. (Eig. Draht.) Das Scheitern der Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und der Regierung von Mesopotamien, über den Abbruch eines Militärvertrages, haben zu dem Rücktritt der Regierung von Mesopotamien geführt. Die Regierung wagt sich u. a. die britischen Forderungen anzunehmen, wonach eine britische Truppe auf unbestimmte Zeit in Mesopotamien verbleiben soll, und alle militärischen Ernennungen Mesopotamiens einer britischen Kontrolle unterworfen werden sollen. Der Zusammenbruch der Verhandlungen bedeutet, daß der Vertrag von 1927, wonach das bisherige britische Mandat Iraks (Mesopotamien) ein „unabhängiger souveräner Staat“ werden soll, bis auf weiteres nicht in Wirklichkeit treten wird.

Steuern der Landwirtschaft.

Falsche Behauptungen — richtige Tatsachen.

Von Dr. Paul Herz, M. D. R.

Daß es einem Teil der Landwirtschaft schlecht geht, ist nicht zu bestreiten. Die Schuld daran aber liegt in vielen Fällen bei den Landwirten selber. Uebergrößere Verschuldung, hervorgerufen durch mangelnde Fähigkeit zur Stellung eines großen Betriebes, und verrückter Lebensentwurf sind oftmals die Ursache für die Misere. Sie sind es jedenfalls weit mehr als die Steuerlasten und die sozialen Beiträge, die meistens von den Landwirten als die allerwidrigste Ursache ihrer Schwierigkeiten hingestellt werden.

Die demagogische Heße, insbesondere gegen die Steuerlasten, hat, wie die betannten Kravalle gegen vertriebene Finanzmänner zur Genüge gezeigt haben, eine tiefgehende Erbitterung bei der Landwirtschaft hervorgerufen. Um so gewisser ist es, daß die agrarische Presse diese demagogische Heße immer noch fortführt. In den letzten Wochen veröffentlichte sie eine vergleichende Uebersicht über die Steuerlast eines Landwirts und eines Altionärs. Diese Uebersicht kam zu dem Ergebnis, daß der Landwirt 200 mal höher besteuert wird als der Altionär. Dieser Uebersicht ist eine gewisse Berechtigung zuerkannt ohne weiteres, daß es sich bei dieser Uebersicht um ein Spiel mit Zahlen handelt, das einer ernsthaften Prüfung in keiner Weise standhält. Ein Steuerpflichtiger, das so ungeheure Ungerechtigkeiten enthält, das ein Steuerpflichtiger mit gleicher Leistungsfähigkeit eine 200mal höhere Steuerlast zu tragen hat als ein anderer Steuerpflichtiger, ist in jedem Lande völlig unmöglich. Würde eine derart vertrieben hohe Belastung möglich, so würde sie binnen kurzem durch den Zorn aller gerechtfertigten Menschen beseitigt werden. Bei der demagogischen Verhetzung der Landbevölkerung aber muß man damit rechnen, daß selbst die unfinstlichen Behauptungen der agrarischen Presse einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

Der Vergleich zwischen der Steuerleistung des Landwirts und des Altionärs geht von einem gleich großen Vermögen von 50 000 Mark aus. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Landwirt 1580,50 Mark Steuern zu zahlen hat, der Altionär aber nur 75 Mark. Der Landwirt habe, so behauptet die verlogene Landbevölkerung, zu zahlen: Keine Einkommensteuer, aber an Vermögenssteuer 200 Mark, Umlagesteuer 112 Mark, Rentenbeiträge 156 Mark, Landes- und Gemeindefeuern 465 Mark, Beitrag zur Landwirtschaftskammer 22,50 Mark und Sozialbeiträge 575 Mark; zusammen 1580,50 Mark. Der Altionär dagegen habe lediglich 75 Mark Vermögenssteuer zu zahlen, sonst nichts.

Wie aus dieser Eingelassenheit hervorgeht, enthält sie — sicher nicht ohne Absicht — einige ganz grundlegende Irrtümer. Bei dem Landwirt wird die Steuerleistung, die er selbst trägt, und die Steuerleistung, die von seinem Betrieb getragen werden muß, zusammengerechnet. Bei dem Altionär dagegen ist nur die persönliche Steuerleistung, und die auch nur teilweise berechnet. Die Steuerleistungen des Unternehmers, von dem der Altionär Aktien besitzt, bleiben völlig außer Betracht, obwohl diese Steuern das Einkommen des Altionärs ebenso vermindern wie die Steuern, die auf dem landwirtschaftlichen Besitz fallen, das Einkommen des Landwirts vermindern. Ein zweiter grundlegender Fehler liegt in der Einigung der Beiträge zur Sozialversicherung und Landwirtschaftskammer zu den öffentlichen Abgaben gerechnet werden können. Sie sind allgemeine Produktionssteuern. Seht man sie aber bei dem Landwirt ein, so muß man sie selbstverständlich auch bei jedem anderen Steuerpflichtigen berücksichtigen.

Die Aufstellung enthält aber neben diesen beiden grundlegenden Fehlern auch noch zahlreiche andere — ebenfalls kaum unbeachtliche — Unrichtigkeiten.

1. Für den Altionär ist eine Einkommensteuer überhaupt nicht angegeben, obwohl bei einer 6-Prozentigen Verzinsung die Einkommensteuer von 150 bis 300 Mark geschätzt werden muß. Das geschieht, weil es den Verfassern dieser demagogischen Aufstellung unangenehm ist, zugeben, daß die Einkommensteuer der Landwirtschaft niedriger ist als bei anderen Steuerpflichtigen. Deshalb wird einfach bei Altionären und Landwirten die Einkommensteuer überhaupt fortgelassen. Wenn es auch die Landwirte gibt, die einkommensteuerfrei sind, so weiß doch die amtliche Statistik bei der Bemessung des Durchschnitts einer Einkommensteuerleistung von 8 Prozent nach. Sie ist also unabweislich die Hälfte geringer als bei anderen Steuerpflichtigen.

2. Aber auch die Angaben über die Höhe der Vermögenssteuer sind irreführend. Wenn der Altionär einen Kapitalisten nur mit dem halben Steuerwert veranlagt wird, so geschieht dies lediglich deswegen, weil auch die Gesellschaft, die die Aktien ausstellt, mit ihrem Besitz an Aktien vermögenssteuerpflichtig ist. Eine einwandfreie Darstellung müßte also den Kapitalisten des Altionärs ausweisen und den Vergleich herstellen zu einem Kapitalisten, der ein Kapitalvermögen von 50 000 Mark besitzt. Das verleiht er mit 4 Promille, also er zahlt 2000 Mark Vermögenssteuer. Außerdem aber müßte man berücksichtigen, daß der Einzelbesitzer für landwirtschaftliche Grundstücke, nach dem die Aktien ausstellt, zu entrichten ist, im allgemeinen niedriger ist, als der gemeine Wert, und daß es der Steuerlast der Landwirtschaft in vielen Fällen genügt, ein niedrigerer Wert herabzubilden. Er ergibt sich dadurch auch bei der Vermögenssteuer der Landwirtschaft eine niedrigere Belastung als bei der Vermögenssteuer der übrigen Steuerpflichtigen.

3. Die Angabe über die Höhe der Umlagesteuer mit 112 Mark ist ebenfalls irreführend, da die Umlagesteuer, die der Landwirt zu zahlen hat, nicht die Umlagesteuer ist, sondern die Umlagesteuer von 0,75 Prozent nur möglich bei einem Um-



Vorder- und Rückseite der neuen Zünmarkstücke, die zur Feier von Leffings 200. Geburtstag in den Verkehr gebracht werden.

Das Langenbacher Eisenbahn-Unglück.

Der Rollenführer wieder ermittelt. München, 21. Jan. (Eig. Drach). Das Landgericht München beschloss...

Am Montag wurden 4 Sachverständige gehört. Die abschließende Verhandlung war größtenteils ausgefüllt von den widerstreitenden Debatten der Sachverständigen...

Mit der Familie in den Tod.

In seiner Wohnung in der Wiesbadenstraße in Berlin-Grünow erlag der 47 Jahre alte frühere Zeitungserleger Konrad Scherer...

Aus Vereinstimmung in den Tod. In Berlin-Zoo hat sich die fast 80jährige Hilfsärztin Dr. Elisabeth Kodesch...

Radio-Tageblatt (Eigener Funkdienst)

Wirtschaftsbühnen der „Reinen Galerei“.

Paris, 22. Jan. (Eig.). Wie die „Quatre Industrielle“ berichtet, schweben Verhandlungen zwischen den Mitgliedern der Reinen Galerei...

Sibirische Räte. Kowno, 22. Jan. (Lettland). Wie aus Moutou gemeldet wird, herrscht im Urgebiet eine fürchterliche Kälte...

Verkehrsgewalt in Chicago. Chicago, 22. Jan. (Eig.). Eine Razzia in Chicago, die sich um sämtliche Quartiere, Hotels und Nachtclubs, erstreckte...

Der aufgefahrene Dampfer „President Garfield“ kehrt keine Reise fort. London, 22. Jan. (Lettland). Die Dollar-Linie, die Eigentümerin des an den Sandbänken der Bahama-Ineln auf Grund gelaufenen Dampfers „President Garfield“...

Die deutsche Schule in Kabul geschlossen. Kairo, 22. Jan. (Lettland). Wie aus Kabul gemeldet wird, hat König Habibullah die deutsche und die französische Schule in Kabul geschlossen.

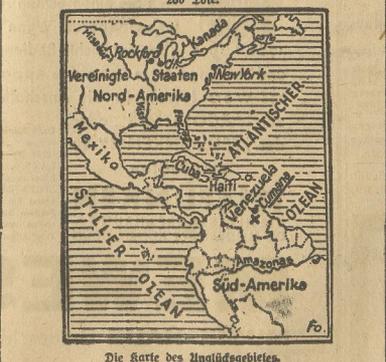
Die neue Oberhaupt der Heilsarmee.



Edward John Higgins, der „Generalsabbot“ der Heilsarmee, hat nach der Absetzung des großen Generals Booth die provisorische Leitung der Heilsarmee übernommen.

Zum Tode verurteilt. Der 19jährige Student Georg Harich aus Nürnberg im Staate Georgia (Nordamerika), der Sohn eines Millionärs, wurde wegen Ermordung eines Polizeibeamten zum Tode verurteilt...

Erdbeben in Venezuela.



Die Nordküste von Südamerika wurde von einem starken Erdbeben heimgesucht. Besonders Cumana, eine 15000 Einwohner zählende Stadt in Venezuela, hat katastrophal gelitten.

Herrgere dich nicht!

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Arbeiter Krause wegen Freiheitsberaubung, Bedrohung und Mißhandlung gegen die Staatsgenossin zu vier Monaten Gefängnis.

Kentenerleffschiff. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann am Montag ein für mehrere Tage beschänkter Prozeß gegen den Hauptanwalter Richard Hozer...

Ein Muttermörder. In der Bundesstraße in Pläthen erlag der 39jährige Arbeiter Wilhelm Müller heute Nacht einem Schlag auf dem Kopf...

Die Schwelgerin. In der Schwelgerstraße in Berlin-Mitte wurde am Montag die 23 Jahre alte Elise Margarete in ihrer Wohnküche unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden.

Die Schwelgerin. In der Schwelgerstraße in Berlin-Mitte wurde am Montag die 23 Jahre alte Elise Margarete in ihrer Wohnküche unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden.

Die Schwelgerin. In der Schwelgerstraße in Berlin-Mitte wurde am Montag die 23 Jahre alte Elise Margarete in ihrer Wohnküche unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden.

Die Schwelgerin. In der Schwelgerstraße in Berlin-Mitte wurde am Montag die 23 Jahre alte Elise Margarete in ihrer Wohnküche unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden.



Karneval!

Es ist alles da, was Sie zur Kostümierung und Ausschmückung brauchen, um auf Bällen und Hausfesten originell und fesch zu wirken. Auch das Schönste und Aparte ist so preiswert, dass schon der Einkauf Freude macht.

Sehenswerte Ausstellung in unseren Schaufenstern. Originelle und reizvolle Masken-Kostüme besonders geschmackvoll zusammengestellt.

Stoffe und Materialien

Die richtigen Qualitäten in großen Farbensortimenten. Besondere Spezial-Abteilung, während der **Ball- und Karneval-Saison**, auf **Extra-Tischen** ausgelegt.

Neuzeitliche Kostümbilder: Besonders große Auswahl!

Gebste in

Das moderne Haus der guten Qualitäten und der niedrigen Preise

Rheinländer-Vereinigung
Halberstadt.

Unter diesjähriger

Masken-Ball

findet für unsere Mitglieder und geladene Gäste am
Sonnabend, 9. Februar 1929, im „Elysium“ statt.

Suche zu Dieren einen
Schmie de lehrling

Naturheilverein Halberstadt

Unser

Haupt-Versammlung

findet nicht Sonntag, den 7. Januar, sondern
Sonntag, den 9. Februar statt. Der Vorstand.

Autofuj 2271
(Brand-Auto)
Kriegl, Domplatz 1.

Schönherren-Konzerte
(außer Abonnement)

Das weltberühmte
Neues Programm

Don Kosaken Chor

Dirigent: **Serge Jaroff**

spielt am Sonntag, 9. Februar, im großen Stadtparksaal
Beginn pünktlich 20 Uhr. — Karten zu 4.— u. 3.— Mark (nummeriert),
2 50 u. 2.— Mark (unnummeriert), 1 50 Mark (Stehplatz), in der
Buchhandlung Schönherr, Zwickau 1.

Ein herrliches Erlebnis

Alle Druckmaschinen „Halberstädter Tageblatt“

verfügen an die Druckerei des

Möchten Sie nicht auch
einen **Radioapparat**
besitzen?



Schon für RM 39.50 bekommen Sie einen echten Telefunkenapparat. Wenn Sie aber auf leichte Bedienung und schönes Aussehen des Apparates Wert legen, ist die Anschaffung der „ARCOLETTE 3“ oder des „TELEFUNKEN 4“ zu empfehlen.

TELEFUNKEN
DIE ÄLTESTE ERFAHRUNG —
DIE MODERNSTE KONSTRUKTION

MEWES

MUSIK-HAUS Braunschweig

Zweiggeschäft:

Halberstadt, Schmiedestr. 33|34

Abt. Rundfunk

Der 3 Röhrenempfänger „ARCOLETTE 3“ kostet RM 65.—, der 4 Röhrenempfänger „TELEFUNKEN 4“ kostet RM 165.—. Fordern Sie Prospekte über neue Telefunkenapparate.

WARTBURG

Jeden Mittwoch und Sonntag,
nachmittags 3 Uhr:

Künstler-Konzert

Personl. Leitung Herr Kapellmeister **Göbicke**
Eintritt frei

Waldflora
Alle Sorten erhältlich bei:
Carl Baudorf Nachf., Braunschweig, Dolerweg 6.

Patent-Ingenieur Böhme, Halberstadt,
Breiteweg 29, (ingl. Verb. Beratender Pat.-Ing.)

Hausfrauen!

Freitag, den 25. Januar 1929, nachm.
4 Uhr und abds. 8 Uhr finden im **Reinhold Wehrlich, Hofmarkt**, von erster Berliner **Redakteurin S. Schmidt** interessanter

Lehr-Vorträge über Glanzplatten

aus Hart, Stärken, Platten, Neuplatten, Glanzplatten und die dabei anzuwendenden verschiedenen Kunststoffe nach neuester Methode sowie einander billigeren Materialien werden vorgezeigt und erklärt. Jede Dame kann nach diesem Vortrag ihre **Glanzplatte** im eigenen Haushalt fertig stellen. **Sein Reflektor-Verfahren.** Eintritt frei! Die **Brauer-Bereine** werden freundlich eingeladen.



2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 19

Mittwoch, den 23. Januar 1929

4. Jahrgang

Braunschweig-Wolfenbütteler Festtage.

Im Zeichen Goethes und Lessings.



Reichsminister Sprenger, Reichsfinanzminister Rebslob (links) und der Präsident der Goethe-Gesellschaft Prof. Peterßen (rechts) in der Faust-Ausstellung — Unten links: Marionettenpuppen aus mittelalterlichen Faustspielen.

Boden, im monatelangen Aufwindungen hatten dafür gefordert, im ganzen Reich und selbst im Ausland ein lebhaftes Interesse für die Goethe-Lessing-Jubiläumstage zu wecken, die am 19. und 20. Januar in Braunschweig und Wolfenbüttel ihren Anfang genommen hat. Die 100. Wiederkehr der in Braunschweig erfolgten Uraufführung von Goethes „Faust“ und der 200. Geburtstag Lessings, der die letzten und fruchtbarsten zwölf Jahre seines Lebens in Wolfenbüttel zugebracht hat, sind nicht genau, um — ähnlich, wenn auch in heiterem Maßstab als die Beethoven-, Dürer- und Schubert-Festern der letzten beiden Jahre — in diesen Städten ein Goethe-Lessing-Jahr zu veranstalten. Um die beiden Jubiläumsausstellungen „Faust der Bühne“ in Braunschweig und Lessing und seine Zeit“ in Wolfenbüttel werden sich im Laufe der nächsten fünf Monate eine ganze Reihe von Aufführungen von „Faust“-Dramen, von Werken Lessings und von Faustspielen, deren literarische Werke, Logen (u. a. der Volkshilfsvereine und des Bühnenvolksbundes) und sonstige Veranstaltungen, besonders auch verschiedene Jugendtreffen, gruppieren. Die interessantesten Gedenkstätten und die mannigfachen kunsthistorischen Reize Braunschweigs und Wolfenbüttels werden das Bräutigam dazu beitragen, um in der nächsten Monatsreihe seine Fremde nach diesen beiden Städten zu locken.

In der von Reichsdeputierten Dr. Neesen, dem Leiter des Reichstheaterinstituts, in der alten Wolfenbütteler Dammstraße zusammengekommenen „Faust“-Ausstellung verfolgen wir die Geschichte der dramatischen Gestaltung der Faust-Sage, besonders die Entwicklung der Bühnenentwürfe von Goethes Meisterwerk. Alte Stücke, Drucke und Handzeichnungen und Bühnenmodelle veranschaulichen das Volkstum des Doktor Faustus, das Puppenstück von Doktor Faust, das „Faust“-Drama von Shakespeares Zeitgenossen Marlowe, die ganz ferne Ausgabe von Lessings „Faust“-Szenen, die 1880 in Berlin erschienen ist, u. s. w. In den weiteren Sälen sind Bühnenbilder, Schuppienentwürfe, Regiepläne u. a. von den „Faust“-Aufführungen des letzten Jahrhunderts bis in unsere Zeit mitzubegeben.

Am Nachmittag des 19. Januar fand im Braunschweiger Dom, einer der ganz wenigen evangelischen Kirchen, die sich durch außerordentliche künstlerische Schönheit und Monumentalität auszeichnen, ein Orgel- und Harmoniumkonzert statt, dem neben Werken von Bach, Handel u. c. auch die sogenannte „Braunschweiger Fuge“ von Friedrich Wagn, dem ältesten und genialsten Sohne des Altmeisters J. S. Bach, aufgeführt wurde, der vor etwa 150 Jahren seine eigene Jahre als Organist in Braunschweig gewirkt hat. Dieses Konzert bot die himmelstreichende Ueberleitung zur Aufführung des ersten Teils von Goethes „Faust“ im Amphitheater. Die Aufführung hinterließ starke Eindrücke durch die ungemein lebendige Darstellung des Wagners durch Fritz Ball, vom Berliner Staatstheater des Faust von Karl Erb und vor allem durch die geschicklich mitreißende Verkörperung des Gretchen durch die junge Braunschweiger Künstlerin Pia Mielen.

Am Mittwoch, den am 20. Januar im Landestheater veranstalteten Margarete fand der Festvortrag „Lessing und Goethe“ des Berliner Universitätsprofessors Peterßen. Mit größter literarisch-geschichtlicher Expertise, wenn auch mit allzu häufiger, teils nachlässiger Soglichkeit ließ Peterßen die mannigfachen Beziehungen von den Zuhörern erleben, die zwischen diesen beiden größten Geistern des 18. Jahrhunderts unserer Nationen Dichtung bestehen. Vorher hielt der Präsident der deutschen Literaturakademie, Walter von Stolte, eine formenreiche Würdigung Lessings gegeben. Umrohm wurden beide Vorträge von musikalischen Darbietungen, die Braunschweiger Landestheaterkapelle spielte. Beethoven's Camont-Duette und Wagners gewaltige Faust-Duette.

Die Fahrt nach Wolfenbüttel.

Die am folgenden Nachmittag in der Wolfenbütteler Landesbibliothek eröffnete Ausstellung bietet interessante Einblicke in Lessings literarisches Schaffen und die Geistes- und Gesellschaftssituation seines Zeitalters. Mit größter Vollständigkeit sind hier die Originalporträts und Stücke Lessings, seiner Gattin Eva und berühmter Zeitgenossen, die Handchriften der „Emma Galotti“ und des „Nathan“, die älteste Drucke einiger Werke Lessings, Kupfer von Schommedi und Zeugnisse von Lessings Bibliothekstätigkeit vereinigt.

Von der Glanzseite des großen Saales der Landesbibliothek leuchteten die Lessings Tolorengebeuden zum Ausdruck bringenden veranschaulichten drei Ringe, die im Mittelpunkt des Nathan stehen. Davor lag in feierlichem Glanz die Tolorengebeude, die von einigen Zeichnern mit Blumen geschmückt wurde. Zu beiden Seiten brannten feierlich Kerzenleuchter. Das obere Lessingbild von Wagn aus dem Halberstädter Olimbus hängt zwischen den berühmten Gemälden Tildemörs und Grass, an herorragender Stelle. Ein Zeichen dafür, wach große Würdigung gerade dieses Halberstädter Bild auf der Wolfenbütteler Ausstellung findet.

Es gehört in diesen Räumen nicht viel Phantasie dazu, um sich gerade in die Zeit von Lessings Werten zurückversetzt zu fühlen. In dem feinen Holzhauschen Lessings gegenüber dem Bibliotheksgebäude sollen demnach zwei Räume, der sogenannte „Gartenhof“ und das Erkerzimmer Evas, als Erinnerungsräume ausgestattet werden.

Die Frage „Ist Lessing heute noch lebendig?“ erregt eine denkbar deutliche Beziehung durch die Aufführung seines „Nathan“ in dem ungemein reizvollen Wolfenbütteler Stadttheater. Trotzdem die Aufführung dieses Doppelstückes der Humanität infolge der geradezu atemberaubend schöngeistigen künstlerischen Mittel dieses Theaters vier Stunden dauerte, blieben die Zuschauer bis zum Schluß völlig im Banne der Dichtung und gaben ihre Begeisterung für Lessings unübertreffliche Ideenwelt in hübschen Beifallsstundgebungen zu erkennen.

Mitteldeutsche Rundschau.

Sommerfahrplankonferenz für den Harzverkehr. Auf Einladung der Reichsbahnverwaltung Magdeburg fand am 19. Januar in Gertrode unter dem Vorsitz von Reichsbahnoberrat Urban eine Beratung der durch den Harzer Verkehrsverband eingeladenen Bahnhöfe für den am 15. Mai in Kraft tretenden neuen Fahrplan statt. Betreteten waren außer der Reichsbahnverwaltung Magdeburg die am Harzverkehr beteiligten Direktionen Wilms, Erlurt, Halle Hannover, Kassel, ferner die 4 größeren Eisenbahnstationen des Harzes, der Bundesausschuss der Verkehrsvereine durch den Reichsbahnverband, die Verkehrsvereine, die Reichsbahnkommission des Harzer Verkehrsverbandes. Anselm lagen 30 Anträge zur Beratung vor. Eine große Zahl betraf die Herstellung von Anschlüssen. Der Untankstelle ist meist der Ansicht, daß sich leicht bei einer viertelstündigen 10 Minuten betragenden Differenz der Lebenslauf befähigen lassen müßte. Selber ergibt sich aber durch zwangsmäßige Rücksichtnahme auf mehrere Anschlüsse oder auf unzureichende Bahnstreckenverhältnisse oft die Unmöglichkeit, die wünschenswert erscheinende Verbindung herzustellen. An verschiedenen Stellen mußte zugegeben werden, daß der Vorteil durch anderwärts einfließende Nachteile aufgehoben würde.

Eingehende Besprechung erforderten die Anträge, mehrere Gültige, besonders die 867-8 Frankfurt-Berlin, in Personenzügen auf vier Personen, ferner die Berliner und Hamburger Harz-Güterzüge 35-36 und 181-2 zusammenzuführen. — Auf einigen Streck-

ten wird es durch Verlegung von Gütern möglich sein, günstigere Verbindungen zu schaffen, da Neuestellungen unter den abzuwandelnden Verhältnissen natürlich nur in geringem Maße möglich sind. Anfang März soll in Goslar eine Beratung der diesjährigen Sommerzüge nach dem Harz stattfinden, es wird sich dann auch die vorläufige Befestigung des neuen Fahrplanes schon übersehen lassen.

Blantenburg, 20. Januar. Eine Geschichte von St. Baroltraius. Amersdorf bei der Harzberge liegenden Orten des freistaates Braunschweig liegt noch eine kleine preußische Enklave, der freigelegten Regenstein. Er besteht aus einem etwa drei Kilometer langen, bis zu einem Kilometer breiten, nahe bei Blantenburg liegenden und bewaldeten und felsigen Höhenzug, der von Friedrich dem Großen zur Feste ausgebaut wurde und heute noch zum Regierungsbereich Magdeburg gehört. Die auf dem Regenstein befindliche Galtmühlstraße ist verpadelt an den Ostwall Str. Er und seine Familie, bestehend aus insgesamt sieben Köpfen, sind die einzigen ständigen Bewohner dieses Gebietes. Die Galtmühlstraße bildet viele hundert Menschen ein selbständiges Gemeinwesen, d. h. einen Oberbezirk und der Ostwall Str. ist Familienoberhaupt und Outsiderober in einer Person. — Bei dem Ostwall Str. war im vorigen Jahre ein Hausmädchen beschäftigt, dessen Liebesverhältnis zu einem Soldaten nicht ohne Folgen blieb. Ihre Entbindung erfolgte in Halberstadt. Da die

Kinderamater in dem Wirtshausgebet auf dem Regenstein zehn Monate vor ihrer Niederkunft beschäftigt war, dort also ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, war nach § 8 der Verordnung über die Fürsorgepflicht der pflichtige Beiratsführergerwerb zur Fürsorgepflicht verpflichtet. Der Kreisauschuss in Halberstadt erkannte auch die Fürsorgepflicht des Kreises an. Nach dem Gesetz sind aber die freisangehörigen Gemeinden und Ortsbezirke verpflichtet, 30 Prozent der Fürsorgekosten zu tragen. Der Landkreis Halberstadt forderte deshalb die vom Ortsbezirk Regenstein zu erhaltenden 30 Prozent der entstehenden Unkosten an. Der Ortsvorsteher Str. lehnte mit der Begründung ab, daß das Gesetz hier eine Lücke aufweise, da er mit seiner Familie allein praktisch die Erhaltungskosten zu tragen hätte, und daß ihm diese schon der Konsequenz halber für fünfjährige Fälle nicht gut ausgemittelt werden könnten. St. Baroltraius in Halberstadt aber müßte es befehlen. Er vermahnte auf den Sachverhalt, nach dem der Ostwall alle auf dem Regenstein liegenden Zellen zu tragen hätte, wozu auch die Fürsorgekosten zu rechnen seien. Schließlich hatte aber die höhere Anstalt ein Einsehen und gab dem Galtmühl recht.

Harzgerode, 22. Januar. Todessturz von der Treppe. Der Waldmeister Walter Buhmann stürzte am Abend, als er das Haus verlassen wollte, von der Treppe. Er stieß mit seinem Becken gegen die Treppe, was ihn auf den Kopf schlug. Der Verunglückte ward bald darauf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Embsleben, 21. Januar. Freitod durch Erhängen. Der in Quebnitz beschäftigte 22 Jahre alte K. Hoffmann von hier machte, weil er angeblich Differenzen mit seinem Arbeitgeber hatte, seinen Leben durch Erhängen ein Ende.

Goslar, 22. Januar. Selbstmord. Bei der Einfahrt in die untere S-Bahn kam ein bei der Bobbahn bei Hahnenfenne am Sonntag der Bob Radeberg J. ins Schlimme, so daß der Führer die Einfahrt nicht richtig bekam und mit dem Bob auf einen Stab geriet. Dabei wurde der P. Lner Rupp aus Hannover auf einen Stab geschleudert. Neben einer Zerkleinerung der Bauchdecke lag er auch noch schwere innere Verletzungen davon. In recht lebhaftem Zustand wurde er dem Krankenhaus in Goslar zugeführt. Zwei weitere Mitfahrer wurden leichter verletzt.

Scherke, 22. Januar. Mit dem Robelshütten gegen das Postauto. Als am Sonntag ein mit zwei Personen besetzter Robelshütten die Brodenquelle passierte, prallte er, da er an der Kreuzung lebende Widder nicht rechtzeitig die Gefahr kennend hatte, in voller Fahrt auf das die Quelle entlang laufende Postauto auf und wurde von diesem eine Strecke weit mitgeschleift. Die Verunglückten, ein Berliner Kaufmann und eine Dame aus Bremen, wurden im bewußtlosen Zustande in das Bergnieder Krankenhaus überführt. Dort ist die Dame am Sonntag ihren schweren Verletzungen erlegen.

Nordhausen, 21. Januar. Neue Veruche mit dem Roter-Geisfeld Rastenaufzug. Trotz des Winters ist an dem Auszug des Rastenaufzugs intensiv weitergearbeitet worden. Wie wir erfahren, ist am Dienstag der Mittwoch dieser Woche ein neuer Versuch mit einem Rastenaufzug neuer Konstruktion mit Eisfeld-Rastenaufzug durchgeführt. Ferner sind zwei bedeutende deutsche Flugzeugfabriken damit beschäftigt, Rastenaufzüge in Flugzeuge einzubauen bzw. ausgedehnte Versuchsaufstellungen zur Erprobung der Rastenaufzüge hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit anzustellen.

Hild, 22. Jan. Das Ruffen-Bild. Das seit einiger Zeit hier im Harz eingeführt ist, hat sich in den letzten Jahren stark vermehrt. So wurden im Revier der letzten Oberförsterei Hultal 30 Stück gezählt. Auch sie wagen sich jetzt bis in die Wörberge. Jetzt hat bei diesem hohen Schnee doch manchmal Hultal von 5 bis 6 Stück. Kommerzial Ruffen (Wörberge), der vor einigen Tagen hier weilte, hatte das Bild einen guten Ruffen-Bild zu erlegen. — Forstschaffler Rothahn, Barmaler der Oberförsterei Hultal, ließ am Donnerstag aus einem Ruffen von 1000 Kapitalen 14 Kinder.

Salmzweil, 22. Januar. Zu dem Zusammenstoß bei Salmzweil, zu dem Zusammenstoß am Sonntag auf der Salmzweil, Kommerzial Ruffen (Wörberge), der vor einigen Tagen hier weilte, hatte das Bild einen guten Ruffen-Bild zu erlegen. — Forstschaffler Rothahn, Barmaler der Oberförsterei Hultal, ließ am Donnerstag aus einem Ruffen von 1000 Kapitalen 14 Kinder.

Salmzweil, 22. Januar. Zusammenstoß bei Salmzweil. Zu dem Zusammenstoß bei Salmzweil, zu dem Zusammenstoß am Sonntag auf der Salmzweil, Kommerzial Ruffen (Wörberge), der vor einigen Tagen hier weilte, hatte das Bild einen guten Ruffen-Bild zu erlegen. — Forstschaffler Rothahn, Barmaler der Oberförsterei Hultal, ließ am Donnerstag aus einem Ruffen von 1000 Kapitalen 14 Kinder.

Alten, 22. Jan. Abenteuer mit einer Böwin. In Alten an der Elbe entspringt eine Böwin aus einem Fels und verleiht an einem jungen Mann, der an der Felsstufe vorüberging, mit der Krante einen Rastenschild. Er wurde nur unerbittlich verfehlt. Die Böwin konnte von den Felsstufen durch Rehe wieder eingefangen werden.

Halle, 22. Jan. Kommunisten- und Erwerbslosen-Rundgebungen in Halle. Während der Stadterverordnetenversammlung kam es am Montag nachmittag auf dem Marktplatz zu Erwerbslosen-Rundgebungen. Die Rundgebungen waren von den Kommunisten einberufen worden, um ihrem Antrag auf Bewährung von Sonderunterstützungen für die Erwerbslosen Ausdruck zu verleihen. Einem größeren berittlichen Polizeiaufgebot gelang es jedoch schließlich, die Demonstranten in die Nebenstraßen abzubringen. Auch die Stadterverordnetenversammlung verlief recht stürmisch. Kommunisten verlangten, gegen einen bürgerlichen Abgeordneten tätig zu werden. Nur durch das Bemühen eines mehrerer Abgeordneter konnte eine Schlägerei verhindert werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Vor dem Arbeitsgericht.

Das „Schwarzgeld“. Am Riechstand ist es üblich, daß der Arbeiter des Viehhändlers für jedes portaufe Stück Vieh ein Trinkgeld, das sogenannte „Schwarzgeld“ oder „Häufiger“ gegeben wird. Dem Schweiger A. der bei dem Viehhändler B. beschäftigt war, war bei seiner Entlassung beigelegt, daß er einen Wochenlohn von 30 Mark geteilt habe. Dabei war das Schwarzgeld, das bei 30

Der Arbeiter

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Bernerode.

Abgabepreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Beleggeld, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Erscheint wöchentlich jeden Samstag, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2814. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. b. H., Bernerode für Postamt Bernerode, Halberstadt, für den letzten Teil Wilhelm Rindermann, für Bernerode u. Jägerstr. Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Bernerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Druck. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Beschränkung eintreten. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2813), Postfach 2, Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steingasse) Bernerode, Bernerode.

Nr. 19

Mittwoch, den 23. Januar 1929

4. Jahrgang

Der Stinnes-Unleihebetrug.

Die Kunst, in vier Wochen aus einer Million fünfzehn zu machen.

In der Straßburger West-Anleihebetriebe hat die Berliner Staatsanwaltschaft I gegen die Kaufleute Hugo Stinnes, Kurt Rothmann, Bela Groß, Leo und Eugen Hirsch und den Bankwirt von Waldow Anklage wegen gemeinschaftlich verübten Betruges zum Nachteil des deutschen Reiches und gegen den Kaufmann Hugo Stinnes als Hauptangeklagter im Verhältnis zum verübten Betrug erhoben. Auch in dem Rührert- und Böhnenbetrug betreffend teil der Anleihebetriebe ist die Anklage erhoben. Die Akten liegen der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung vor.

Hugo Stinnes wurde eine Gefängnisstrafe von 1 Monat bemessen. Seine Verteidigung ist die familiäre Verbindung einer Reihe von Zeugen im Ausland beantragt. Die Hauptverhandlung war eine Sonderabteilung des großen Schöffengerichts Berlin Mitte betriebe voraufrichtig im Mai.

Die Anklagefrist, die 98 Straßburger Anklagen umfaßt, befaßt Stinnes immer. Es handelt sich um 2 Anleihebetriebe, die von Paris bzw. von Rumänien ausgingen.

Im ersten Fall wandten sich die Betrüger über den Angeklagten von Hugo Stinnes jun., Rothmann, an den Privatfreund von Hugo Stinnes, von Waldow. Von Waldow sprach mit Stinnes und legte ihm, daß man innerhalb vier Wochen aus 1 Millionen 15 Millionen machen könne.

Nach der Behauptung der Anklagen soll Hugo Stinnes auf die Anklagen eingegangen sein. Hugo Stinnes stellte Rothmann und Waldow 200 000 bis 300 000 M zur Verfügung. In der Straßburger Anklage nach Paris und beauftragte Eugen Hirsch mit dem Ankauf der Anleihe, ebenso soll Stinnes Rothmann

200 000 bis 300 000 M für das rumänische Geschäft zur Verfügung gestellt haben. Rothmann fuhr nach Wien und übertrug Eugen Hirsch und Groß die Erledigung dieses Teiles des Geschäfts. Der Gewinn sollte berechnungsgemäß werden, daß Hugo Stinnes 50 Proz. und Belegnehmer erhielt, während die anderen Beteiligten die zweite Hälfte teilten. Da die Verhandlungen sich in die Länge zogen, erklärte Stinnes, daß er das inoffizielle Geld nicht länger als einen Monat entbehren könne. Eugen Hirsch verfuhr darauf vergebens, in London und

Zürich Anleihebetriebe zu kaufen. Man fand dann in Paris die vier Franzosen Calmon, Fehre, Dupuch und de la Grange als Strohmannen für die Anleihebetriebe. Nach der Darstellung des Angeklagten von Waldow in der Voruntersuchung soll Hugo Stinnes, nachdem die Anleihe in Gang waren, im November oder Dezember 1928 in Hamburg von diesem erfahren haben, daß gefälschte Belege und Schulden verwendet worden seien. Stinnes soll sich darüber sehr amüsiert haben. Der Wunsch, die Anleihe in Gang zu bringen, im November oder Dezember 1928 in Hamburg von diesem erfahren haben, daß gefälschte Belege und Schulden verwendet worden seien. Stinnes soll sich darüber sehr amüsiert haben. Der Wunsch, die Anleihe in Gang zu bringen, im November oder Dezember 1928 in Hamburg von diesem erfahren haben, daß gefälschte Belege und Schulden verwendet worden seien.

„Ich will von dem ganzen Geschäft nichts wissen, das ist Ihr Geschäft.“ Nach langwierigen Verhandlungen kam dann die Anklage durch die französische Gruppe unter Führung des Abgeordneten Calmon.

Das rumänische Geschäft entwickelte sich in ähnlicher Weise und hätte zum Erlöse geführt, wenn der Sonderkommissar nicht rechtzeitig gemerkt hätte, daß die Annehmungen nicht in Ordnung waren. Ebenso wie Calmon in Paris zogen auch die rumänischen Anleiher später ihre Anträge zurück, jedoch ein Schaden für das Reich nicht eingetreten ist.

Hugo Stinnes betreibt jede Schuld. Er gibt zwar zu, die beiden Anleihebetriebe finanziert zu haben, mit jedoch gestundet haben, das sie sich um legale Geschäfte handelte. Die Anklage lautet Stinnes mit eingehender Beweise zu unterlegen. Unter ihren Vermögensgegenständen gegen Hugo Stinnes sind folgende auf ein

„Sonderkonto“ hingewiesen, das sie für ein finanziertes Konto von Hugo Stinnes zur Finanzierung der Anleihebetriebe betriebe. Angekauft weiß dieses Konto im November 1928, indem der größte Teil der Anleihebetriebe finanziert wurde, einen Umlauf von 1 282 300 M auf und es sind allein an Waldow über dieses Konto 453 000 M gegangen.

reich weit geringere Folgen gehabt hätte. Ebenfalls hätte es dann sein für kleines Deutschland gegeben, wie es heute besteht. Der Hauptteil seiner mit Ironie gemischten Rede war eine scharfe Kritik und Ablehnung des österreichischen Föderalismus, der für ein so kleines Land ein Luxus sei und eine ungeheure Zersplitterung der staatlichen Verantwortung herbeiführe. Bei dieser Kritik Föderalismus sei der Anknüpfung an das deutsche Reich praktisch fast unmöglich.

Seine Behauptung gab es, als Dr. Seipel neben einigen Komplementen an seine hochwürdigen Kollegen erklärte, daß der Österreichern das benachbarte Böhmen mit seinen drei ganz verschiedenen Stämmen geradezu als ein Musterland des Unitarismus und Zentralismus ersehe.

Durcheinander in Afghanistan.

Afghanistan laugen ein, jedoch es die Lage zu gewinnen Berlin des Streit aufzutreten, der zähme streifen soll. Rabul und hofft in zu sein. Ueber das früheren Rebellführer Gerüchte verbreitet. schen zu entsprechen. Stimmen Afghanistan am Freitag in eine Deputation an die Regierung des Staates der Mohammedaner geschäft, in denen

Die Aufgabe der Sachverständigen. Paris, 21. Januar. (Eig. Drahtber.) Die amerikanischen Sachverständigen Owen Young und Peterson werden nach Europa einreisen. Sie rechnen mit einem Aufenthalt von 2-3 Monaten. Owen Young soll auf eine Reise haben, daß die Konferenz über etwaige Emissionen deutscher Reparationsobligationen nicht beraten werde. Die Aufgabe der Konferenz liegt mehr in einer Ergänzung, als in einer Revision des Dawes-Planes. Es handelt sich vor allem um die Feststellung der Zahlungen, die die deutsche Regierung zu leisten hat. Die Sachverständigen sind in der Lage, die Sachverständigen ein diesbezügliches Projekt erst den Regierungen zur Genehmigung unterbreiten.

Seipel in München.

Was der Sozialdemokrat Renner für Österreich geschaffen hat. München, 22. Jan. (Eig. Drahtber.) Der Bundeskanzler Dr. Seipel sollte in einem Vortrag, den er am Montagabend der politischen Hausbesuche des Münchener Bürgermeisters hielt, der Staatskunst des ersten österreichischen Staatskanzlers, des Sozialdemokraten Dr. Renner, hohe Anerkennung. Bei der Erörterung des österreichischen Föderalismus erklärte Seipel: „Ich glaube, es war eine mutige Idee des ersten österreichischen Kanzlers Dr. Renner, daß er dem Lande noch einen anderen Willen gab als das Diktat der Siegermächte. Er forderte und setzte durch den Zusammenstoß der Länder und schuf auf diese Weise gegenüber dem Diktat von St. Germain eine staatspolitische Lösung. Er hat dadurch den Österreichern ein Glück erwiesen.“ Weiter erklärte Dr. Seipel, daß, wenn 1918 der von den Sozialdemokraten Renner während des Krieges geforderte Nationalföderalismus in Österreich verwirklicht gewesen wäre, der Umsturz staatspolitisch für Österreich

Steuern der Landwirtschaft.

Falsche Behauptungen — richtige Tatsachen.

Von Dr. Paul Herz, M. d. R.

Daß es einem Teil der Landwirtschaft schlecht geht, ist nicht zu bestreiten. Die Schuld daran aber liegt in vielen Fällen bei den Landwirten selber. Ueber große Verschwendung, hervorgerufen durch mangelnde Fähigkeit zur Leitung eines großen Betriebes, und übertriebener Lebensauswilderung sind oftmals die Ursachen für die Notlage. Wie sich es ebenfalls weit mehr als die Steuerlasten und die sozialen Beiträge, die meistens von den Landwirten als die allerniedrigste Klasse ihrer Schwerkraften angesehen werden.

Die demagogische Hege, insbesondere gegen die Steuerlasten, hat, wie die bekannten Kraxen gegen verschiedene Finanzämter zur Genüge gezeigt haben, eine steigende Erbitterung bei der Landwirtschaft hervorgerufen. Um so gewisser ist es, daß die agrarische Presse diese demagogische Hege immer noch fortführt. In den letzten Wochen veröffentlichte sie eine vergleichen Leberfrist über die Steuerlast eines Landwirts und eines Aktionärs. Diese Leberfrist kam zu dem Ergebnis, daß der Landwirt 200 mal höher besteuert wird als der Aktionär. Dieser Urteilsspruch ist nicht ohne weiteres, daß es sich bei diesem Vergleich um ein Spiel mit Zahlen handelt, das einer ernsthaften Prüfung in keiner Weise standhält. Ein Steuerpflichtiger, das so ungerechtere Ungerechtigkeiten enthält, daß ein Steuerpflichtiger mit gleicher Leistungsfähigkeit eine 200mal höhere Steuerlast zu tragen hat als ein anderer Steuerpflichtiger, ist in jedem Falle völlig unmöglich. Würde eine derart verfahren die Vergleiche irgendwo eingeführt werden, so würde sie binnen kurzem durch den Herrn der Agrarischen Verbände der Landwirtschaft aber auch durch den Herrn der Agrarischen Presse einer kritischen Betrachtung unterworfen werden.

Der Vergleich zwischen der Steuerleistung des Landwirts und des Aktionärs geht von einem gleich großen Vermögen von 50 000 Mark aus. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Landwirt 1880 Mark Steuern zu zahlen hat, der Aktionär aber nur 75 Mark. Der Landwirt habe, so behauptet die verglichen Landwirte, zu zahlen: keine Einkommensteuer, aber an Vermögenssteuer 200 Mark, Umsatzsteuer 112 Mark, Rentenabgaben 156 Mark, Landes- und Gemeindesteuern 465 Mark, Beitrag zur Landwirtschaftskammer 2250 Mark und Sozialbeiträge 575 Mark, zusammen 1880 Mark. Der Aktionär dagegen habe lediglich 75 Mark Vermögenssteuer zu zahlen, sonst nichts.

Wie aus dieser Eingekerkelung hervorgeht, enthält sie — sicher nicht ohne Absicht — einige ganz grundlegende Irrtümer. Bei dem Landwirt wird die Steuerleistung, die er selbst trägt, und die Steuerleistung, die von seinem Betrieb getragen werden muß, zusammengerechnet. Bei dem Aktionär dagegen ist nur die persönliche Steuerleistung, und die auch nur teilweise berechnet. Die Steuerleistungen des Unternehmens, von dem der Aktionär Aktien besitzt, bleiben völlig außer Betracht, obwohl diese Steuern das Einkommen des Aktionärs ebenso vermindern wie die Steuern, die auf dem landwirtschaftlichen Besitz lasten, das Einkommen des Landwirts vermindern. Ein zweiter grundlegender Fehler liegt in der Eintragung der Beiträge zur Sozialversicherung und Landwirtschaftskammer. Bei den Soziallasten handelt es sich um Teile des Lohnes, die ebensowenig wie die Beiträge zur Landwirtschaftskammer zu den öffentlichen Ausgaben gerechnet werden können. Sie sind allgemeine Produktionskosten. Seht man sie aber bei dem Landwirt ein, so muß man sie selbstverständlich auch bei jedem anderen Steuerpflichtigen berücksichtigen.

Die Aufstellung enthält aber neben diesen beiden grundlegenden Fehlern auch noch zahlreiche andere — ebenfalls kaum unbeachtliche — Unrichtigkeiten.

1. Für den Aktionär ist eine Einkommensteuer überhaupt nicht angegeben, obwohl bei einer 6-prozentigen Verzinsung eine Einkommensteuer von 180 bis 360 Mark gezahlt werden muß. Das geschieht, weil es den Verfassern dieser demagogischen Aufstellung unangenehm ist, zuzugeben, daß die Einkommensteuer der Landwirtschaft niedriger ist als bei anderen Steuerpflichtigen. Deshalb wird einfach bei Aktionären und Landwirten die Einkommensteuer überhaupt fortgelassen. Wenn es auch die Landwirte gibt, die einkommensteuerfrei sind, so weist doch die amtliche Statistik bei der Landwirtschaft im Durchschnitt eine Einkommensteuerleistung von 6 Prozent nach. Sie ist also um mindestens die Hälfte geringer als bei anderen Steuerpflichtigen.

2. Aber auch die Angaben über die Höhe der Vermögenssteuer sind irreführend. Wenn der Aktienbesitzer ein Kapitalisten nur mit dem halben Steuersatzvermerk veranlagt, so geschieht dies lediglich deswegen, weil auch die Gesellschaft, die die Aktien ausstellt, mit ihrem Besitz an Aktien vermögenssteuerpflichtig ist. Eine einmündige Darstellung müßte also den Gesamtwert des Aktienbesitzers aufschreiben und den Vergleich herstellen zu einem Kapitalisten, der ein Kapitalvermögen von 50 000 Mark besitzt. Das verweist er mit 4 Promille, also er zahlt 2000 Mark Vermögenssteuer. Außerdem aber müßte man berücksichtigen, daß der Einzelbesitzer für landwirtschaftliche Grundstücke, nach dem die Vermögenssteuer zu entrichten ist, im allgemeinen niedriger ist als bei dem gemeinen Wert, und daß es der Steuerlast der Landwirtschaft in vielen Fällen gelungen ist, den Einkommensteuerpflichtigen herabzudrücken. Er ergibt sich dadurch auch bei der Vermögenssteuer der Landwirtschaft eine niedrigere Belastung als bei der Vermögenssteuer der übrigen Steuerpflichtigen.

3. Die Angabe über die Höhe der Umsatzsteuer mit 112 Mark steht im Widerspruch zu der Behauptung, daß der Landwirt kein Einkommen habe. Denn eine Steuerleistung von 112 Mark bei einer Umsatzsteuer von 0,75 Prozent nur möglich bei einem Um-